

Seit 100 Tagen ist Stephanie Albrecht-Suliak Landesbezirksleiterin der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Nordost. Im Interview nimmt sie Stellung zum geplanten Kohleausstieg in der Lausitz, spricht über die Rolle der Gewerkschaften in Tarifverhandlungen und die Herausforderungen, die durch den Rückzug großer Unternehmen wie Goodyear in Fürstenwalde entstehen. Dabei gibt die Gewerkschafterin Einblicke in die komplexe Dynamik zwischen Arbeitnehmervertretung, Industrie und Politik vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Wandels in Brandenburg.

**Frau Albrecht-Suliak, die Mitgliederzahlen der großen Gewerkschaften sinken seit Jahren kontinuierlich. Im Jahr 2022 war nur jeder sechste Arbeitnehmer Mitglied. Sind Gewerkschaften überhaupt noch zeitgemäß?**

Aus meiner Sicht sind Gewerkschaften aktueller denn je. Gerade in Brandenburg sind ja viele Unternehmen mitten im Strukturwandel und der Transformation. Dazu kommt die multiple Krisenlage. Gewerkschaften bieten im Wandel Sicherheit für ihre Mitglieder. Als Landesbezirksleiterin der IG BCE Nordost war es deshalb ein toller Start, dass wir in den Bezirken Berlin-Brandenburg und der Lausitz in diesem Jahr eine hervorragende Mitgliederentwicklung haben. Das machen wir in erster Linie über eine konsequente Tarifpolitik und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

**Bei den Tarifverhandlungen mit der Leag wurde ein Bonus von 6000 Euro exklusiv für Mitglieder der IG BCE ausgehandelt. Mitarbeiter konnten noch nach dem Abschluss des Tarifvertrages der Gewerkschaft beitreten, um davon zu profitieren. Ist die positive Mitgliederentwicklung auch diesem Umstand zu verdanken?**

Mit Abschluss des Tarifvertrages wurde eine Frist von vier Wochen festgelegt, in der Mitarbeiter der Leag noch Mitglied werden konnten. Das hat in einem ohnehin sehr gut organisierten Unternehmen natürlich nochmal zu einer außerordentlich starken Mitgliederentwicklung geführt, auch in Bereichen, in denen wir bisher weniger gut aufgestellt waren, zum Beispiel in der Hauptverwaltung. Davon abgesehen haben wir auch eine tabellenwirksame Entgeltsteigerung von sieben Prozent erreicht, von der alle Beschäftigten profitieren. Die Forderungen konnten wir aber nur mit Vehemenz und Arbeitskämpfmaßnahmen durchsetzen. Wir sind zweimal in Warnstreiks getreten, was für die Leag und in der Montan-Mitbestimmung schon ungewöhnlich ist.

**Lassen sich Arbeitgeber ohne Weiteres darauf ein, Vorteile exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder zu gewähren? Werden die Gewerkschaften dadurch nicht gestärkt?**

Wir haben viele Haustarifverträge abgeschlossen, was schließlich immer auf die Mitgliederentwicklung einzahlt. Bei Flächentarifverträgen weigern sich die Arbeitgeber bis heute konsequent, mit der einzigen Ausnahme im Kautschukbereich. Im Kern wollen uns die Arbeitgeber nicht noch stärker machen. Diese Perspektive ist

# „Wir prüfen die Argumente von Goodyear“

**Interview** Stephanie Albrecht-Suliak ist neue Landesbezirksleiterin der IG BCE Nordost. Wie sie die Schließungspläne für das Reifenwerk in Fürstenwalde einordnet, was bei Tarifverhandlungen noch alles möglich ist und welches Ziel dabei höchste Priorität besitzt. *Von Juliane Wünsche*



aber falsch, denn verlässliche Arbeitsbeziehungen brauchen eine starke Mitgliedschaft auf beiden Seiten. Darüber reden wir aktuell auch intensiv mit dem Arbeitgeberverband Nordostchemie, noch ohne wirkliche Ergebnisse. Bei der Leag war das aber gar nicht die entscheidende Auseinandersetzung. Dort haben wir bereits Mitgliedervorteile als Instrument in Tarifabschlüssen vereinbart. Die Arbeitgeberseite wollte uns hier ausschließlich Einmalzahlungen anbieten, die nicht in die Gehaltstabellen eingeflossen wären. Da die Leag aber 2022 extreme Gewinne gemacht hat, wir eine hohe Inflation haben und mit Blick auf den Kohleausstieg 2038 war das für uns keine Option.

**Was halten Sie von einem Ausstieg aus der Braunkohle 2030?**

Der Ausstieg aus der Braunkohle 2038 ist das Ergebnis eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses, der mit einer Vielzahl von Akteuren beschlossen wurde. Gerade in der Lausitz gab es nach der Wende gravierende Umbrüche, die für die Menschen mit großen Enttäuschungen verbunden sind. Genau das darf jetzt nicht wieder passieren. Wir brauchen Verlässlichkeit, deshalb ist es wichtig, zu den Zusagen zu stehen. Wir halten wie im Gesetz festgelegt am Kohleausstieg 2038 fest. Die bevorstehenden Veränderungen sind eine Mammutaufgabe, für deren Gestaltung wir breite Bündnisse, Vertrauen und vor allem Zeit brauchen.

**Wie kann man Menschen in die Transformation mitnehmen, die die alten Wunden aus den 1990er-Jahren in sich tragen?**

Das ist ein sensibler Punkt, auf den wir

„Unternehmen dürfen nicht bei der ersten Krise deutschen Standorten den Rücken zudrehen.“

Stephanie Albrecht-Suliak ist seit 100 Tagen Landesvorsitzende der Gewerkschaft IG BCE Nordost.

Foto: Stephen Petrat



insbesondere politische Entscheidungsträger immer wieder hinweisen. Damit die Umsetzung von Zukunftsvisionen und neuen Geschäftsbereichen gelingt, müssen die Mitarbeiter die Möglichkeit haben, den Weg ihres Unternehmens mitzugestalten. Sie sollten selbst Macher der Transformation sein, schließlich haben sie die entsprechende Expertise und wollen diese einbringen. Bisher ist uns das bei der Leag geglückt. Aus dieser Kultur der Mitbestimmung, die wir in der Braunkohle haben, können wir für andere Wandlungsprozesse lernen.

**Im Gegensatz dazu musste beim PCK Schwedt ja sehr schnell auf Veränderungen reagiert werden. Wie ist die Situation jetzt, und welche Punkte müssen geklärt werden, um die Arbeitsplätze zu sichern?**

Als IG BCE stehen wir in einer engen Zusammenarbeit mit den Betriebsräten beim PCK. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende ist zudem Mitglied im Bezirksvorstand und in der Tarifkommission Chemie Ost. Er ist erst einmal beruhigt, weil das Öl aus anderen Quellen als aus Russland fließt und die Auslastung derzeit bei 80 Prozent liegt. Vor einem Jahr war das kaum vorstellbar, da wir überhaupt nicht klar, wie es nach dem 1. Januar weitergeht. An dieser Stelle ist es mir wichtig zu betonen, dass Russlands Präsident Putin mit seinem Angriffskrieg auf die Ukraine der Auslöser für das Embargo auf Rohöl aus Russland war.

Die IG BCE war von Anfang an intensiv in die Gespräche und die Arbeit des Zukunftsbündnis Schwedt eingebunden.

Die Politik hat vieles getan, was aufgrund der politischen Entscheidung des Ölboykotts

auch notwendig war. Trotzdem gibt es noch offene Punkte, die dringend geklärt werden müssen, wie verbindliche Zusagen der Fördergelder, langfristige Lieferverträge, die Ertüchtigung der Pipeline Rostock-Schwedt und die Eigentümerfrage bei den Anteilen von Shell. Ich bin aber zuversichtlich, da das PCK einen großen Fokus auf allen Ebenen hat – sowohl in der Landesregierung als auch in der Bundespolitik.

**Bei Goodyear in Fürstenwalde sieht es leider nicht so gut aus. Bis 2027 stehen dort 700 Arbeitsplätze vor dem Aus. Was wird die IG BCE unternehmen?**

Das war eine Hiobsbotschaft, die uns völlig unvorbereitet getroffen hat. Ich sitze im Aufsichtsrat von Goodyear, wir wurden darüber nur wenige Stunden vor den Beschäftigten informiert. Die Ankündigung der Schließungspläne zweier Reifenwerke in Fulda und Fürstenwalde wurde noch am selben Tag direkt in einer Belegschaftsversammlung verkündet. Natürlich werden wir uns damit nicht abfinden. Ich halte die Entscheidung für falsch und kann sie auch nicht nachvollziehen. Die Begründung der Geschäftsführung mit den Energie- und Rohstoffpreisen sowie den angeblich zu hohen Personalkosten ist in meinen Augen nur ein Vorwand. Unternehmen dürfen nicht bei der ersten Krise den deutschen Standorten den Rücken zudrehen. Wir werden auf jeden Fall um die Arbeitsplätze in Fürstenwalde kämpfen.

**Wie schätzen Sie die Chancen ein?**

Ich habe noch am selben Tag mit dem Wirtschaftsminister in Brandenburg telefoniert und sowohl von ihm als auch vom Ministerpräsidenten die Zusage erhalten, dass auch die Landesregierung alles tun und prüfen wird, um die Geschäftsführung umzustimmen. Es kann doch nicht sein,

Mitarbeiter der Reifenproduktion von Goodyear demonstrieren in Fürstenwalde vor dem Werk mit Fahnen der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie. Stephanie Albrecht-Suliak, Landesbezirksleiterin der IG BCE Nordost, spricht im Interview über nächste Schritte, Löhne und Energiekosten.

Foto: Soeren Stache/dpa

dass das Reifenwerk geschlossen wird und 25 Kilometer entfernt bei Tesla jede Woche 5000 Autos vom Band gehen, die Reifen brauchen. Wir werden uns eine Wirtschaftsberatung hinzuholen, um die Argumente der Geschäftsführung zu prüfen und um Alternativen und Optionen zu entwickeln.

**Sie haben in einem früheren Interview in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsmitglied darauf hingewiesen, dass es für Goodyear notwendig gewesen wäre, eine strategische Zusammenarbeit mit Tesla aufzubauen. Warum ist das nicht passiert?**

Wir haben das Thema seit zwei Jahren immer wieder im Aufsichtsrat angesprochen. Entweder hat die Geschäftsführung das verschlafen oder, und das ist meine persönliche Überzeugung, sie hatte vor, dem Standort Deutschland den Rücken zu kehren. Offiziell heißt es, es wäre zu keiner Zusammenarbeit gekommen. Die Frage sollte aber in den Gesprächen, die jetzt auf allen Ebenen anstehen, noch einmal geprüft werden. Das Reifenwerk hat eine lange Tradition in Fürstenwalde, es gibt eine hohe Verbundenheit der Mitarbeiter und der Bevölkerung. Diese Tradition verpflichtet.

**Auf der Betriebsrätekonferenz des DGB Anfang Dezember sagte Ministerpräsident Dietmar Woidke, niedrige Löhne wären eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Brandenburg, weil Fachkräfte deshalb einen Bogen um das Land machen würden. Liegt aber nicht auch eine Gefahr in zu hohen Lohnforderungen, weil die Unternehmen dann abwandern?**

Der Ministerpräsident hat Recht, dass gute Arbeit immer auch gute Entgelte verdient. Der gesetzliche Mindestlohn kann eben nur das Mindeste sichern, Tarifverträge der IG BCE streben darum immer Entgelte oberhalb des Mindestlohns an, Zielsetzung sind 20 Prozent Abstand. Richtig ist auch, dass die Zeit der ungleichen Arbeitsbedingungen, zuvorderst ungleicher Entgelte und Arbeitszeiten zwischen Ost und West, endlich vorbei sein müssen. Im Organisationsbereich der IG BCE Nordost haben wir diese Themen darum auch über die letzten Jahre mit höchster tarifpolitischer Priorität behandelt und sind bei der Durchsetzung sehr erfolgreich. Vor dem Hintergrund der Demografie, fehlender Fachkräfte und des Wettbewerbs um die klügsten Köpfe ist das auch der einzig richtige Kurs. Ich habe zuletzt den Eindruck gewonnen, dass auch die Unternehmen diesen Punkt immer mehr verstehen. Das Klagegeld zu hoher Personalkosten singen diese gar nicht mehr lautstark. Eine Gefahr für den Standort sind für die Unternehmen aktuell eher die Energiekosten, funktionierende Lieferketten und deren Planbarkeit.

ZAHLE DES TAGES

8383

**Mitarbeiter** waren 2022 in Brandenburg in der Elektrizitäts-, Gas-, Wasser- und Wärmewirtschaft beschäftigt. Ihre durchschnittlichen Entgelte stiegen gegenüber 2021 nominal um 2,2 Prozent auf 4710 Euro, teilte das Landesamt für Statistik mit. Das entspricht einem durchschnittlichen Anstieg von 102 Euro. Die Zahl der Beschäftigten sank indes um 47. Die Gaswirtschaft verzeichnete hier ein Minus von sechs Prozent, die Wasserwirtschaft ein Plus von drei Prozent. *dpa*

## Bonava Stellenabbau wird konkret

**Fürstenwalde.** Auf die Krise in der Baubranche reagiert das Bauunternehmen Bonava in Fürstenwalde. Mitarbeiter erfahren am Montag Konkretes. Aus Unternehmenskreisen heißt es, dass womöglich etwa 400 Stellen abgebaut werden. Bonava Deutschland beschäftigt nach eigenen Angaben 1000 Mitarbeiter bundesweit und etwa 450 in Fürstenwalde. Im September hatte Bonava beschlossen, sich als Unternehmen neu aufzustellen und einen Stellenabbau angekündigt. *hue*

## Absetzanlage aus Uranbergbau saniert

**Zwickau.** Die bundeseigene Wismut hat die Sanierung einer der größten Uranbergbau-Altlasten in Sachsen abgeschlossen. Rund 300 Millionen Euro seien mehr als 30 Jahre lang in die Verwahrung der industriellen Absetzanlage Helmsdorf am Rand von Zwickau geflossen, teilte der Bergbauinspektor mit. Die Anlage hatte zu DDR-Zeiten dazu gedient, Uranerz aufzubereiten. Zur Sanierung hieß es: „Weder national noch international gab es Erfahrungen für die Sanierung von Absetzanlagen dieser Größenordnung.“ Am Ende des Uranabbaus in Sachsen und Thüringen 1990 hätten

ten dort auf einer Fläche von rund 200 Hektar 50 Millionen Kubikmeter radioaktiver Rückstände,



**Rückblick auf 2002:** Kräne füllen zunächst Haldenabraum in das Becken der Absetzanlage. *Foto: DPA*

sogenannte Tailings, gelagert. Ränder wurden bedeckt, um zu verhindern, dass Wind radioaktiven Staub verbreitet. Dann wurden der 15 Meter hohe Wasserspiegel abgepumpt und die Schlämme entwässert. Zum Abdecken der Fläche wurde vor allem von einer Bergehalde im benachbarten Crossen Material über eine spezielle Förderanlage nach Helmsdorf transportiert – rund 3,25 Millionen Kubikmeter. Zwar kann das Wasser nun natürlich abfließen. Doch müsse über viele Jahre noch Sickerwasser gesammelt und gereinigt werden, so die Wismut. *dpa*

## Gewerbsteuer Tesla zahlt sechs Millionen Euro

**Grünheide.** US-Elektroautobauer Tesla zahlt für das Jahr 2022 eine Gewerbesteuer von etwa sechs Millionen Euro an die Gemeinde Grünheide. Das verkündete Kämmerin Kerstin Lang in der Gemeindevertretersitzung. Eine Vorauszahlung von einer Million Euro sei bereits geleistet worden. Die Vorauszahlungen für das Jahr 2023 und 2024 würden jetzt entsprechend angepasst, erläuterte die Kämmerin. Im Tesla-Werk selbst gibt es Werksferien vom 23. Dezember bis 1. Januar. *red*